



Pressemitteilung, 20.06.2017

Die Wahl „Abschiebung oder Rückkehr“ ist zu wenig

Flüchtlingsrat veröffentlicht Positionspapier zum Umgang mit Fluchtgründen, Anerkennung und Ausreisepflicht in der BRD und Sachsen-Anhalt

Jährlich markiert der 20.06. den Weltflüchtlingstag. Ein umstrittener Aspekt der Flüchtlingspolitik ist der Umgang mit ausreisepflichtigen Personen. Die aktuelle politische Debatte suggeriert, dass es hier allein darum gehe, die Zahl ausreisepflichtiger Ausländer_innen zu senken und dass es für die Erreichung dieses Ziels lediglich zwei Alternativen gibt: Ausreise oder *freiwillige* Rückkehr. Entsprechend setzt auch das Innenministerium des Landes den Vorrang auf Ausreise – freiwillige und pseudo-freiwillige Rückkehr durch Rückkehrberatungen und Ausreisanreizprogramme sowie erzwungene Rückkehr durch Abschiebungen.

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt möchte diese Debatte um die sachlich nötigen Nuancen erweitern. Grundlage dafür ist das neu erscheinende [Positionspapier](#), mit einem Überblick über die Argumente der Debatte, einer kritischen Einordnung und Darstellung möglicher Alternativen zu rigoroser Abschiebepolitik und „Rückkehrmanagement“.

Es wird gezeigt, dass die Rede vom enormen Anstieg bei ausreisepflichtigen Personen und „Vollzugsdefiziten“ bei Abschiebungen nichts als Panikmache ist. Nicht die Zahl der Ausreisepflichtigen, sondern die Zahl der Geflüchteten mit Schutzanerkennung steigt. „Um die Integration von Beginn an zu ermöglichen, gehört das diskriminierende und juristisch haltlose Konstrukt der Bleibeperspektiven abgeschafft. Statt sich immer perfidere Maßnahmen der Integrationsverhinderung zur vermeintlichen Durchsetzung von Abschiebungen auszudenken, sollten die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten wie die Bleiberechtsregelung ausgeschöpft werden.“, fasst Stefanie Mürbe, Sprecherin des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalt, einige Argumente und Forderungen des Positionspapiers zusammen. „Damit wäre endlich der dringend nötige, dritte Weg für den Umgang mit ausreisepflichtigen Personen beschritten. Die derzeitige Wahl zwischen Abschiebung oder Rückkehr ist den Realitäten der Menschen nicht angemessen und schlichtweg zu wenig.“

Veranstaltung zum Thema am 20.06. um 18.30 in Halle:

Zum Weltflüchtlingstag lädt der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt zusammen mit dem Bündnis Halle gegen Rechts, dem Studierendenrat der MLU und Amnesty International Halle zur Filmvorführung ein. Gezeigt wird der Dokumentarfilm DEPORTATION CLASS, der ein umfassendes Bild der staatlichen Zwangsmaßnahmen zeichnet: Von der Planung einer Sammelabschiebung über den nächtlichen Großeinsatz in den Unterkünften der Asylbewerber_innen bis zu ihrer Ankunft im



Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt e. V.

AMIF-Projekt

„Landesinfostelle Flucht und Asyl“

Geschäftsstelle Magdeburg

Schellingstr. 3-4 · 39104 Magdeburg

Telefon: 0049 391 50 54 9613/4

Telefax: 0049 391 50 54 9615

Büro Halle (Saale)

Kurallee 15 · 06114 Halle (Saale)

Telefon: 0049 345 44 50 25 21

Telefax: 0049 345 44 50 25 22

Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de

Web: www.fluechtlingsrat-lsa.de

Zielland und der Frage, was die Menschen dort erwartet. Im Anschluss an den Film wird es ein Gespräch mit Mitarbeiter_innen des Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt zum Thema geben.

20. Juni 2017 | 18.30 Uhr | Kino Zazie Kleine Ulrichstraße 22, 06108 Halle
Eintritt: 5 Euro (3 Euro ermäßigt)

[Flyer zur Filmvorführung](#)

Das Positionspapier auch als druckfreundliche Variante zum Download:

www.fluechtlingsrat-lsa.de/positionspapiere/

Kontakt zur Bestellung: info@fluechtlingsrat-lsa.de, Tel.: 0391 50549613

Pressekontakt: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt, Stefanie Mürbe, Tel.: 0391 50549613